



OESTERREICHISCHE NATIONALBANK

Stabilität und Sicherheit.

REDEN DES PRÄSIDENTEN
HERBERT SCHIMETSCHKE
UND DES GOUVERNEURS
DR. KLAUS LIEBSCHER

anlässlich der Generalversammlung der Oesterreichischen Nationalbank
am 24. Mai 2005



EUROSYSTEM

R E D E N D E S P R Ä S I D E N T E N
H E R B E R T S C H I M E T S C H E K
U N D D E S G O U V E R N E U R S
D R . K L A U S L I E B S C H E R

ANLÄSSLICH DER GENERALVERSAMMLUNG
DER OESTERREICHISCHEN NATIONALBANK

AM 24. MAI 2005

Rede des Präsidenten Herbert Schimetschek

Anhaltend schwierige Rahmenbedingungen für die Zentralbanken des Eurosystems

Nach zwei Jahren schwacher Wirtschaftstätigkeit schwenkte die Konjunktur im Euro-Währungsgebiet auf einen Wachstumspfad ein. Höhere Ölpreise und abnehmendes Vertrauen der Wirtschaftsakteure trugen aber dazu bei, dass sich der Konjunkturaufschwung nur moderat fortsetzte. Herr Gouverneur Dr. Liebscher wird darauf noch näher eingehen. Ich verweise daher nur auf jene volkswirtschaftlichen Einflussfaktoren, die für die Geschäftsentwicklung der Oesterreichischen Nationalbank (OeNB) bestimmend waren.

Das historisch niedrige Zinsniveau und der fortgesetzte Wertgewinn des Euro gegenüber dem US-Dollar stellten schwierige Rahmenbedingungen für die Geschäftstätigkeit der Zentralbanken des Eurosystems dar (siehe Grafik 1). So mussten eine Reihe nationaler Zentralbanken wie auch die EZB erneut massive Ertragseinbrüche hinnehmen und ihre Verluste über Reserven abdecken.

Die OeNB weist für das Geschäftsjahr 2004 zwar ein positives geschäftliches Ergebnis von 451 Mio EUR vor Steuern aus (siehe Grafik 2), *das aber um mehr als ein Drittel unter dem des Vorjahres liegt. Diese Ergebnisverschlechterung ist im Wesentlichen auf den engeren Spielraum zur Realisierung von Gold- und Fremdwährungsverkäufen sowie von Kursgewinnen und auf die niedrigeren Zinserträge aufgrund des geringeren Veranlagungspotenzials zurückzuführen.*

Darüber hinaus haben auch die Beteiligungsergebnisse – wie etwa das der EZB – abgenommen und auch die Förderung der Nationalstiftung für Forschung, Technologie und Entwicklung reduzierte den Ertrag.

In längerfristiger Betrachtung liegt das Geschäftsergebnis aber im Durchschnitt. In diesem Zusammenhang ist hervorzuheben, dass die Rekordgewinne in den Jahren nach Gründung der Währungsunion abgesehen von der gesetzlichen Anhebung der Gewinnausschüttungsquote vor allem durch die Geschäftspolitik der frühzeitigen Reduzierung des Fremdwährungsbestandes erreicht werden konnten.

Mit Blick auf die Zukunft ist auf folgende Entwicklungen hinzuweisen:

Erstens, musste die OeNB angesichts der schwierigen Rahmenbedingungen der letzten Jahre zur gesetzlich vorgeschriebenen Abdeckung ihrer Risiken aus Gold, Fremdwährung und Zinsen die Reserven in hohem Maß in Anspruch nehmen. So wurden die Neubewertungsreserven seit 2001 im Ausmaß von 2,7 Mrd EUR herangezogen (siehe Grafik 3). *Insgesamt wurden aber auch die Eigenmittel um 4,3 Mrd EUR* (siehe Grafik 4) *reduziert, was letztlich auch die Geschäftsergebnisse wesentlich verbessert hat. Damit stehen der Bank nur mehr halb so hohe Eigenmittel wie noch im Jahr 2001 für Anlagezwecke zur Verfügung. Im Hinblick auf zukünftige Geschäftsergebnisse bedeutet das, dass sich das Ertragspotenzial der Bank auf Dauer markant verringert!*

Zweitens, ist nun auch der Spielraum zur Risikoabdeckung aus Eigenmitteln äußerst begrenzt. Die Finanzmarktentwicklung der letzten Jahre hat deutlich vor Augen geführt, wie beträchtlich das Reserveverfordernis zur Absicherung der Zinsänderungs- und Fremdwährungsrisiken sein kann!

Zukünftige Gewinnerwartungen müssen sich daher an diesen Entwicklungen orientieren. Die Geschäftspolitik

der Bank hat auch zu berücksichtigen, dass in guten Geschäftsjahren ausreichend Reserven für Risikovorsorgen aufgebaut werden können. In diesem Zusammenhang ist an die Verpflichtung der ESZB-Satzung zu erinnern, die nationalen Notenbanken mit ausreichenden Finanzressourcen auszustatten, damit die Aufgaben erfüllt und Risikovorsorgen gebildet werden können. Dies ist eine wesentliche Voraussetzung für die Glaubwürdigkeit des Eurosystems!

Jahresabschluss 2004

Bei der Darstellung des Jahresabschlusses werde ich mich auf die aus wirtschaftlicher Sicht wichtigsten Änderungen in der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung beschränken. Detaillierte Ausführungen dazu sind im Geschäftsbericht enthalten.

Die Bilanzsumme beträgt 35,6 Mrd EUR (2003: 29,3 Mrd EUR).

Im Rahmen der *Aktiva* umfasst der *Goldbestand* 307t mit einem Marktwert von etwa 3,2 Mrd EUR. Die OeNB hat im Geschäftsjahr 2004 10 Tonnen Gold verkauft und Kursgewinne realisiert.

In längerer Sicht hat die Bank *seit Beginn der Neunzigerjahre ihren Goldbestand mehr als halbiert* (siehe Grafik 5). Darüber hinaus wurde auch im Vergleich zu anderen nationalen Zentralbanken – schon früh damit begonnen, die Goldreserven ertragbringend zu nutzen. Der *Goldbestand der OeNB wird zu 72% in Termineinlagen ertragbringend angelegt*.

Mit Wirkung vom 1. Jänner 2004 wurde erstmals seit Gründung des ESZB die in der ESZB-Satzung im 5-Jahresintervall vorgesehene *Neuberechnung der EZB-Kapitalanteile* vorgenommen. Darüber hinaus wurden

die Kapitalanteile im Rahmen der EU-Erweiterung am 1. Mai 2004 erneut angepasst. Die Anteile der OeNB am gezeichneten EZB-Kapital verringerten sich damit insgesamt von etwa 2,36% auf 2,08%.

Im Rahmen der *Passiva* waren Risikovorsorgen vorzunehmen (siehe Grafik 6).

Zur Absicherung der aus der Entwicklung des Goldpreises, der Zinsen und der Fremdwährungskurse resultierenden Risiken ist auf der Grundlage von Risikomodellberechnungen Vorsorge zu treffen. *Vom gesamten errechneten Marktrisiko von 3,1 Mrd EUR entfiel die Hälfte auf das Fremdwährungs-, ein Drittel auf das Zinsänderungs- und der Rest auf das Goldrisiko.*

Der Kursrückgang gegenüber dem Euro hat zu markanten Bewertungsverlusten beim Bestand an Fremdwährungen geführt, die durch die Auflösung der Reserve aus valutaren Kursdifferenzen erfolgsneutral gehalten wurden. Das Fremdwährungsrisiko wurde durch die Reserve für ungewisse Auslands- und Wertpapierrisiken mit 0,9 Mrd EUR und die Reserve aus valutaren Kursdifferenzen mit 0,5 Mrd EUR abgedeckt. Darüber hinaus wurde für das verbleibende Fremdwährungsrisiko in Höhe von 40 Mio EUR eine Rückstellung für allgemeine Währungsrisiken dotiert. Zur Absicherung des Zinsänderungsrisikos wurde in der Reserve für ungewisse Auslands- und Wertpapierrisiken mit 1 Mrd EUR vorgesorgt. Das Goldrisiko wurde mit 0,5 Mrd EUR zur Gänze aus den Neubewertungsrücklagen abgedeckt.

Im Zusammenhang mit den Risikovorsorgen ist darauf hinzuweisen, dass zur *Absicherung des Marktrisikos der Allgemeine Reservefonds mit 478 Mio EUR zur Gänze aufgelöst*

und in die Reserve für ungewisse Auslands- und Wertpapierrisiken umgewidmet wurde (siehe Grafik 7).

Die Zins- und Wechselkursentwicklung hat im Geschäftsjahr 2004 auch bei der EZB zu einem Verlust geführt. Der nach Auflösung des Allgemeinen Reservefonds verbleibende Verlustanteil war durch die nationalen Zentralbanken abzudecken. Dementsprechend verzichteten diese auf die Rückverteilung der monetären Einkünfte, wobei auf die OeNB 40 Mio EUR entfielen.

Ich komme nun zur Gewinn- und Verlustrechnung. Folgende wesentliche Änderungen haben sich bei den Erträgen und Aufwendungen ergeben (siehe Grafik 8).

Die Nettoerträge sind mit 662 Mio EUR um 29 % niedriger als im Vorjahr.

Eine der wichtigsten Ertragskomponenten sind die Zinserträge. Das Nettozinsergebnis hat um 18 Mio EUR oder 4% auf 449 Mio EUR abgenommen (siehe Grafik 9). Diese Ergebnisverschlechterung ist vor allem darauf zurückzuführen, dass infolge der widmungsgemäßen Verwendung von Reserven zum Jahresabschluss 2003 die Eigenmittel der Bank deutlich abgenommen haben und damit ein geringeres Veranlagungspotenzial verfügbar war.

Eine weitere bedeutende Quelle für den Notenbankgewinn sind die realisierten Kursgewinne aus Gold-, Fremdwährungs- und Wertpapiertransaktionen. Trotz der schwierigen Marktbedingungen konnte ein Nettoergebnis aus diesen Transaktionen von 215 Mio EUR erwirtschaftet werden, wovon etwa 85 Mio EUR auf weitere Goldverkäufe entfielen. Insgesamt ist das gegenüber dem Vorjahr um 38% niedrigere Ergebnis insbesondere vor dem Hintergrund der hohen Fremdwährungsverkäufe der letzten Jahre zu beurteilen. Denn seit dem

Beginn der Währungsunion wurden die Nettowährungsreserven durch aktives Management bewusst mehr als halbiert (siehe Grafik 10).

Beim Management der Gold- und Fremdwährungsbestände wurden zur Absicherung der Anlagestrategie in verstärktem Maß auch derivative Instrumente ertragbringend eingesetzt.

Die Erträge aus Beteiligungen haben gegenüber dem Vorjahr um fast 80% auf 21 Mio EUR abgenommen. Das ist zum einen auf den Wegfall der außerordentlich hohen Gewinnausschüttungen der Münze Österreich AG aus der Produktion der Erstausrüstung der Euro-Münzen und zum anderen auf dem Entfall der Gewinnausschüttung der EZB zurückzuführen.

Die Aufwendungen (siehe Grafik 11) haben gegenüber dem Vorjahr um 8 Mio EUR oder etwa 4% auf 212 Mio EUR abgenommen. Damit hat die OeNB die Aufwendungen seit dem Geschäftsjahr 2001 kontinuierlich um mehr als ein Viertel gesenkt! Zu diesem Rückgang hat im Geschäftsjahr 2004 neben den niedrigeren Aufwendungen für die Anschaffung von Euro-Banknoten vor allem die Realisierung von Einsparungspotenzialen bei den Sachaufwendungen beigetragen. Die Personalaufwendungen konnten trotz der kollektivvertraglichen Gehaltsanpassungen erneut leicht verringert werden. Darüber hinaus wurden die Pensionsaufwendungen zur Gänze aus der Pensionsreserve abgedeckt.

Im Berichtsjahr beliefen sich die für die Fachbereiche der Bank tätigen Mitarbeiterressourcen im Durchschnitt auf 957 (siehe Grafik 12).

Das geschäftliche Ergebnis beträgt – wie bereits erwähnt – 451 Mio EUR. Die Rendite aus der Eigenveranlagung in Euro und

Fremdwährung sowie Gold beläuft sich damit unter Berücksichtigung der realisierten Kursgewinne auf 4,8% (2003: 4,9%).

Der Bund erhält mit 421 Mio EUR 93,4% des Geschäftsergebnisses 2004, wovon 153 Mio EUR auf die Körperschaftsteuer und 268 Mio EUR auf den 90-prozentigen Gewinnanteil nach Steuern entfallen (siehe Grafik 13). Der Gewinnanteil des Bundes liegt damit um 37% unter dem des Vorjahres. Angesichts der nunmehr seit mehreren Jahren anhaltenden schwierigen Rahmenbedingungen ist dieses positive Geschäftsergebnis vor allem vor dem Hintergrund der starken Ertragsseinbußen bzw. der Verluste der EZB und anderer Notenbanken des Eurosystems bemerkenswert.

Insgesamt hat die OeNB in den sechs Jahren seit Beginn der Währungsunion fast 7 Mrd EUR oder jährlich 0,5% des BIP an Gewinnen und Körperschaftsteuer an den Bund abgeführt! Dazu kamen noch 306 Mio EUR, die der Forschungsförderung aus dem eigenen Gewinnanteil der OeNB zur Verfügung gestellt wurden.

Der Bilanzgewinn wird mit 29,8 Mio EUR ausgewiesen. An die Generalversammlung wird der Antrag gestellt, davon 1,2 Mio EUR für die Ausschüttung der 10-prozentigen Höchstdividende auf das Grundkapital von 12 Mio EUR zu verwenden, dem Jubiläumsfonds zur Förderung der Forschungs- und Lehraufgaben der Wissenschaft 9 Mio EUR und für die Basisfinanzierung der Wirtschaftsforschungsinstitute 3,6 Mio EUR zuzuweisen sowie – auf der Grundlage des zwischen der OeNB und der Leopold Museum-Privatstiftung im Jahr 1994 geschlossenen Förderungsvertrages – 4,4 Mio EUR als weiteren Beitrag dieser Stiftung zur Verfügung zu stellen. Der verbleibende Bilanzgewinn von 11,6 Mio EUR soll der

FTE-Nationalstiftung zugewiesen werden. Insgesamt wird ein jährlicher Beitrag der OeNB zu den FTE-Nationalstiftungserträgen in der Höhe von 75 Mio EUR angestrebt. Demnach soll neben den Erträgen aus der zweckgewidmeten Rücklage die Auffüllung einerseits durch die Zuweisung aus dem Bilanzgewinn 2004 und andererseits aus dem Aufwand erfolgswirksam für das Geschäftsergebnis 2005 abgedeckt werden.

Die OeNB als Unternehmen – Effizienz und Kostenbewusstsein als wichtige Zielsetzungen

Die EU-Erweiterung stellte auch das Eurosystem im Berichtsjahr vor besondere Herausforderungen. Zu den gemeinsamen Vorhaben im ESZB hat die OeNB in vielen Bereichen einen wesentlichen Beitrag geleistet. Darüber hinaus hat die Bank in allen Geschäftsbereichen wichtige Projekte vorangetrieben. Ohne auf Einzelheiten einzugehen, die Sie im Geschäftsbericht finden, darf ich nur einige wesentliche Bereiche herausgreifen.

Die *Anlagestrategie* der Bank wurde unter nicht einfachen Rahmenbedingungen *erfolgreich realisiert*. Bedeutende Arbeiten wurden zur *Umsetzung von Basel II* und zur *Förderung der Finanzmarktstabilität* geleistet. In diesem Zusammenhang darf ich auch auf die sehr gute Beurteilung des Internationalen Währungsfonds im Rahmen der Überprüfung des österreichischen Finanzsektors verweisen. Im Hinblick auf die *Geldpolitik und die Sicherheit unserer Zahlungsmittel* hat die *Kommunikation mit der Öffentlichkeit als Grundlage für Glaubwürdigkeit und Vertrauen* einen wichtigen Stellenwert. Weiters wurde die *Reorganisation der Zweiganstalten erfolgreich umgesetzt* und *wesentliche Beiträge zur Vorbereitung auf einen ein-*

heitlichen Euro-Zahlungsverkehrsraum geleistet.

Besonders betonen darf ich, dass bei allen diesen Vorhaben der OeNB auf *Effizienz und Kostenbewusstsein großes Augenmerk gelegt und* – dort wo es möglich ist – *Synergien genutzt* werden!

Insgesamt haben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie die Bankleitung der OeNB ihre vielfältigen Aufgaben, die von der Mitwirkung im ESZB über die Umsetzung der Geldpolitik bis zur Produktion sicherheitstechnisch anspruchsvoller Zahlungsmittel reichen, mit großem Engagement erfüllt. *Die große Wertschätzung und das anhaltend hohe Vertrauen der Bevölkerung in die OeNB als Institution ist Anerkennung für diese Leistungen und eine gute Grundlage für die Fortsetzung der erfolgreichen Arbeit im Eurosystem* (siehe Grafik 14).

Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der OeNB danke ich für ihre Leistungen, ebenso wie dem Betriebsrat für seine Unterstützung.

Den Mitgliedern des Direktoriums unter der Leitung von Herrn Gouverneur Dr. Liebscher danke ich für die hervorragende Bewältigung der Aufgaben in der OeNB und im ESZB.

Darüber hinaus danke ich den Mitgliedern des Generalrates herzlich für ihre wertvolle Arbeit im Generalrat und seinen Unterausschüssen. Ganz besonders danke ich dafür, dass sie die wichtigen Weichenstellungen und umfangreichen Projekte mitgetragen haben und die Aufgaben in einem sachlichen Gesprächsklima erfüllt werden konnten.

Ich darf nun Herrn Gouverneur Dr. Liebscher um seine Ausführungen bitten.

Rede des Gouverneurs

Dr. Klaus Liebscher

Abkühlung des dynamischen Weltwirtschaftswachstums

Die Weltwirtschaft wuchs im Jahr 2004 laut IWF mit 5,1% sehr kräftig, der Welthandel legte um rund 9% zu (siehe Grafik 15). Wachstumsmotoren waren neben China und den USA auch Lateinamerika sowie die ostasiatischen Schwellenländer. Trotz des hohen Wachstumstempos und der stark gestiegenen Öl- und Rohstoffpreise ist die Inflation international relativ moderat geblieben; die schrittweise Straffung der Geldpolitik in einigen Währungsräumen hat dazu beigetragen.

Die Prognosen für das heurige Jahr gehen einhellig von einer leichten Abkühlung der Konjunktur aus, doch bleibt das weltwirtschaftliche BIP-Wachstum insgesamt weiterhin dynamisch. Für 2005 prognostizierte der IWF im April 2005 ein weltwirtschaftliches Wachstum von 4,3%, das 2006 noch leicht auf 4,4% ansteigen dürfte. Das regionale Konjunkturbild und die Antriebskräfte des Wachstums bleiben weitgehend unverändert. Die USA werden selbst bei gradueller weiterer geldpolitischer Straffung im Jahr 2005 deutlich wachsen. Trotz des niedrigen US-Dollar-Kurses ist eine merkliche Verringerung der internationalen Zahlungsbilanzungleichgewichte nicht zu erwarten, das Zwillingsdefizit der USA stellt neben den hohen Öl- und Rohstoffpreisen weiter einen Risikofaktor dar (siehe Grafik 16). Japans Wirtschaft dürfte jüngsten Prognosen zufolge an Dynamik verlieren, ein Ende der Deflation ist nicht vor 2006 absehbar. In den zentral- und osteuropäischen Ländern war das Wachstum 2004 durchwegs robust und dürfte auch in den kommenden beiden Jahren so bleiben.

Moderate Konjunktdynamik im Euroraum

Im Euroraum lag das Wachstum im Jahr 2004 mit 1,8% (saisonal- und arbeitstägig bereinigt) deutlich über den Vorjahren, allerdings erheblich unter dem Weltwirtschaftswachstum (siehe Grafik 17). Nach einem recht dynamischen ersten Halbjahr dämpften insbesondere die Hausse der Öl- und Rohstoffpreise, aber auch das wechselkursbedingte Nachlassen der Exportdynamik die Konjunktur im zweiten Halbjahr merklich.

Die Projektionen des Eurosystems vom März 2005 signalisieren für heuer eine Fortsetzung des moderaten Aufschwungs bei einer stabilen Inflationsrate nahe oder knapp über 2%. Das reale BIP wird im Euroraum in einer Bandbreite von 1,2% – 2,0% (2005) bzw. von 1,6% – 2,6% (2006) erwartet. Kurzfristig sieht die Europäische Kommission in ihrer Bandbreitenprognose das Wachstum im Euroraum im ersten Quartal 2005 zwischen 0,2% und 0,6% bzw. zwischen 0,3% und 0,7% im zweiten Quartal (jeweils im Vergleich zum Vorquartal). Die jüngsten Wirtschaftsindikatoren legen allerdings nahe, dass die Risiken für diese Prognosen nach unten gerichtet sind.

Stabilitätsorientierte Geldpolitik des EZB-Rates sichert Kaufkraft des Euro – Leitzinsen unverändert niedrig

Die HVPI-Inflation im Euroraum lag – getrieben vor allem durch die Energie- und Rohstoffpreise – im Jahr 2004 wie im Jahr zuvor bei 2,1% (siehe Grafik 18). In Anbetracht des prognostizierten, mittelfristig sinkenden Inflationstrends (Projektionen des Eurosystems vom März 2005: 1,6% – 2,2% für 2005 und 1,0% – 2,2% für 2006) beließ der

EZB-Rat den Hauptrefinanzierungssatz aber unverändert auf dem sehr niedrigen Niveau von 2%. Ermöglicht wurde dies dadurch, dass Zweit-rundeneffekte der Rohstoffpreisschocks bei Löhnen und Preisen ausblieben. Die „Buckel“ im monatlichen Inflationsverlauf blieben damit vorübergehend. Der Anstieg einiger Indikatoren, die die erwartete Inflation abbilden, in der ersten Jahreshälfte fand ab Jahresmitte ein Ende und bildete sich in der zweiten Jahreshälfte wieder zurück (siehe Grafik 19).

Die Inflationserwartungen waren somit insgesamt stabil und im Einklang mit dem Ziel des EZB-Rates, die HVPI-Inflation des Euroraums mittelfristig unter, aber nahe bei 2% zu halten. Dazu hat die wiederholte Betonung des EZB-Rates beigetragen, die Preisentwicklung und alle dafür relevanten Indikatoren sehr aufmerksam zu verfolgen. Die feste Verankerung der mittel- und langfristigen Inflationserwartungen ist ein Spiegelbild der hohen stabilitätspolitischen Glaubwürdigkeit, die die Geldpolitik des Eurosystems genießt. Indem der EZB-Rat der Wirtschaft und den Konsumenten auch in einem schwierigen Umfeld einen klaren Anhaltspunkt für das Lohn- und Preissetzungsverhalten bietet, können Risiko- und Inflationsprämien auf das heimische Zinsniveau auf ein Minimum reduziert werden, wodurch Wachstum und Beschäftigung – bei intakter Preisstabilität – begünstigt werden.

Glaubwürdigkeit der europäischen Fiskalpolitik unter harter Belastungsprobe

Hingegen stand 2004 die Glaubwürdigkeit einer nachhaltig gesunden Fiskalpolitik im Euroraum unter einer harten Belastungsprobe (siehe Grafik 20). Neun Länder des Euro-

raums wiesen Defizitquoten um 3% oder darüber aus, in acht Ländern lag die Schuldenquote über 60%.

Im Jahr 2005 dürfte das durchschnittliche öffentliche Defizit nach Einschätzung der Europäischen Kommission mit einer Größenordnung von 2,6% des BIP sowohl im Eurogebiet als auch in der EU unverändert hoch bleiben. Bei unveränderter Haushaltspolitik wäre auch für 2006 lediglich ein Rückgang um 0,1 Prozentpunkte zu erwarten.

Die am 20. März 2005 vom ECO-FIN-Rat beschlossenen und am 22. März 2005 vom Europäischen Rat genehmigten Änderungen des Stabilitäts- und Wachstumspakts modifizieren u. a. die vorbeugenden Elemente des Pakts gegen das Auftreten übermäßiger Defizite (siehe Grafik 21).

Bei der Definition des mittelfristigen Haushaltsziels eines nahezu ausgeglichenen oder einen „Überschuss aufweisenden Haushalts“ werden nun auch Wachstumspotenzial, Schuldenstand und bestimmte Strukturereformen berücksichtigt. Gleichzeitig wird die Notwendigkeit von Budgetkonsolidierungen in Hochkonjunkturphasen stärker betont.

Hinsichtlich der korrigierenden Aspekte des Pakts (siehe Grafik 22) wurde vereinbart, dass neben einer verstärkten Beobachtung von Schuldenstand und langfristiger Finanzierbarkeit bei einem Verfahren wegen eines übermäßigen Defizits Reformen der Rentensysteme bzw. „sonstige einschlägige Faktoren“ – wie zum Beispiel Kosten, die mit der Vereinigung Europas im Zusammenhang stehen – berücksichtigt werden sollen. Die Fristen zur Korrektur eines übermäßigen Defizits wurden verlängert, die Definition eines schwerwiegenden Wirtschaftsabschwungs abgemildert. Die Referenzwerte für Defi-

zeit und Schuldenstand bleiben allerdings unverändert bei 3% bzw. 60% des BIP.

Die vorgenommenen Änderungen bei den vorbeugenden Maßnahmen sind zum Teil durchaus sinnvoll, jene bei den Korrektivmaßnahmen schwächen jedoch das fiskalpolitische Regelwerk der Wirtschafts- und Währungsunion – die daraus resultierenden Folgen werden sich erst bei deren praktischer Anwendung zeigen. Vergrößerte diskretionäre Entscheidungsspielräume stellen erhöhte Anforderungen an die Politik, Nachhaltigkeit und langfristige Wachstumsorientierung der Fiskalpolitik verantwortungsvoll sicherzustellen. Es ist meine feste Überzeugung, dass gesunde öffentliche Finanzen für eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung des Euroraumes unabdingbar sind. Ohne transparentes Fiskalregelwerk fällt den Finanzmärkten eine stärkere Rolle zur Disziplinierung zu.

Neuer Anlauf für die Lissabon-Wachstumsstrategie: Strukturreformen sind notwendig

Das Jahr 2004 stand auch im Zeichen der Evaluierung der „Lissabon-Wachstumsstrategie“ (siehe Grafik 23). Fortschritten bei der Beschäftigung, bei Finanzdienstleistungen und Netzwerkindustrien steht ein Reformdefizit bei den europäischen Wissenschafts-, Innovations- und Ausbildungssystemen gegenüber.

Weitere Reformen im Rahmen nationaler Wachstumsstrategien oder Aktionspläne sollten auf Ebene der einzelnen Mitgliedstaaten zügig implementiert werden. Der Rückzieher des Europäischen Rates vom 22. März 2005 bei der EU-Dienstleistungsrichtlinie behindert eine Freisetzung des erheblichen Effi-

zienz- und Wachstumspotenzials, das in diesem Sektor noch steckt.

Österreichs vorwärts gerichtete Reformpolitik nimmt Herausforderungen aktiv an

Die österreichische Wirtschaftspolitik war im Jahr 2004 durch weitere Reformen geprägt (siehe Grafik 24).

Die Pensionsreform trägt zur Nachhaltigkeit des Pensionssystems und seiner langfristigen Finanzierbarkeit bei. Die Unternehmens- und Einkommensteuerreform festigen den Wirtschaftsstandort und stärken die realen Einkommen. IWF und OECD haben die Reformfortschritte sehr gewürdigt. Eine Fortsetzung des eingeschlagenen Reformkurses ist für Österreichs Wettbewerbsfähigkeit und Wohlstand wichtig. Insbesondere Investitionen in die Qualität von Forschung, Innovation, Aus- und Weiterbildung sowie Infrastruktur sind wichtig für den künftigen Wirtschaftsstandort Österreich. Ein weiterer Abbau staatlicher Bürokratie würde Effizienzgewinne für die Wirtschaft und die Bürger mit Budgeteinsparungen verbinden. Die OeNB hat im Jahr 2004 die Formulierung und Umsetzung einer „nationalen Wachstumsstrategie“ vorgeschlagen. Dieser Gedanke ist mittlerweile in Form von „Reformpartnerschaften“ auch auf EU-Ebene aufgenommen worden, und ich bin davon überzeugt, dass durch eine derartige Fokussierung wirtschaftspolitischer Maßnahmen auch die nötige Bewusstseinsbildung in der Bevölkerung, die für ein dynamisches, flexibles Wirtschaftssystem nötig ist, unterstützt werden kann. Initiativen wie der kürzlich abgehaltene Reformdialog der Bundesregierung zu „Wachstum und Arbeit“ weisen daher in die richtige Richtung.

Konjunkturerholung des Jahres 2004 in Österreich hält trotz ungünstigeren Umfelds an

Österreichs Konjunktur (siehe Grafik 25) gewann – unterstützt durch den boomenden Außenhandel – im ersten Halbjahr 2004 deutlich an Fahrt und mit 2,0% lag das Wirtschaftswachstum im Gesamtjahr 2004 deutlich über den beiden Vorjahren und auch etwas über dem Vergleichswert des Euroraums. Gegen Jahresende wirkte die Wachstumsverlangsamung im Euroraum auch auf Österreich dämpfend, die Investitionstätigkeit war aber sehr lebhaft.

Der OeNB-Konjunkturindikator vom März 2005 erwartet in Österreich für die ersten beiden Quartale 2005 ein Wachstum des realen BIP von 2,2% bzw. 2,0% (saisonbereinigt, im Vergleich zum Vorjahr). Die österreichische Wirtschaft kann sich der aktuellen Wachstumsabschwächung im Euroraum nicht zur Gänze entziehen. Vor diesem Hintergrund liefert die zweite Etappe der Steuerreform einen wichtigen Konjunkturimpuls für die Inlandsnachfrage.

Die letzten vorliegenden Prognosen nationaler und internationaler Institute erwarten für das Jahr 2005 zwischen 2,1% und 2,3% Wachstum und für das kommende Jahr eine Beibehaltung oder leichte Beschleunigung des Wachstumstempos. Wie für den Euroraum gilt auch für die österreichische Konjunktur, dass die Prognoserisiken nach unten gerichtet sein dürften.

Niedrige österreichische Inflation ist wichtig zur Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit

Die Inflation lag in Österreich im Jahr 2004 mit 2,0% zwar geringfügig unter dem Euroraum-Durchschnitt (siehe Grafik 26). Allerdings war gegen Jahresende 2004 wie auch in den ersten Monaten des Jahres 2005 der Preisdruck stärker, sodass die Inflation doch merklich über 2% lag, stärker noch beim nationalen VPI als beim HVPI. Inflationstreibend wirkten vor allem die Energiepreise, der Dienstleistungssektor, und hier insbesondere die stark steigenden Mieten. Auch die im Zuge des Finanzausgleichs beschlossenen Maßnahmen kommen zum Tragen.¹

Ich möchte bei dieser Gelegenheit ausdrücklich betonen, wie wichtig eine niedrige Inflation für unser Land ist. Eine niedrige Preissteigerung erhält bzw. unterstützt unsere preisliche Wettbewerbsfähigkeit sowohl innerhalb des Euroraums als auch international. Sie ist aber auch zur Erhaltung der realen Kaufkraft der Konsumenten und zur Sicherung stabiler Planungsbedingungen für die Unternehmen zentral. Die einheitliche Geldpolitik des Euroraums kann naturgemäß nicht auf die Preisentwicklung in einzelnen Ländern abstellen. Die Verantwortung der heimischen Wirtschaftsakteure zur Erhaltung der nationalen Preisstabilität ist hoch. Einer Fortsetzung der moderaten Lohnpolitik und Preisbildung in der Gesamtwirtschaft kommt dabei eine zentrale Rolle zu. Aber auch eine weitere Liberalisierung der Produkt- und Dienstleistungsmärkte ist unter dem Gesichtspunkt dämpfender Preiseffekte positiv zu sehen.

¹ Die Zahnarztleistungen verteuerten sich seit Jahresbeginn erheblich, und durch die Anhebung der Tabaksteuer schnellten die Preise für Tabakwaren deutlich nach oben.

Das seit der Euro bargeldumstellung aufgetretene Phänomen, dass sich gemessene und wahrgenommene Inflation scherenhaft auseinander entwickeln, scheint jüngsten Daten zu Folge im Ausklingen zu sein (siehe Grafik 27). Seit Mitte 2004 nähern sich die beiden „Inflationskurven“ wieder deutlich an und in den ersten beiden Monaten 2005 hat sich die Diskrepanz fast zur Gänze geschlossen.

Dies kann dahingehend interpretiert werden, dass sich mit der fortschreitenden Gewöhnung der Bevölkerung an die Europreise auch deren Gefühl für die Preisänderungen wieder „normalisiert“, die Inflationsstendenzen werden offensichtlich wieder „realistischer“ – nämlich dem offiziell gemessenen Inflationsbild sehr nahe kommend – eingeschätzt.

Merkliche Senkung der österreichischen Abgabenquote – ausgeglichenes Budget sollte rasch angestrebt werden

Mit 1,3% des BIP betrug die Maastricht-Defizitquote Österreichs 2004 weniger als die Hälfte des Euroraum-Durchschnitts (siehe Grafik 28).

Die Steuerreform 2005 wird die Defizitquote im Jahr 2005 auf 1,9% heben, nach dem aktuellen, vom November 2004 stammenden österreichischen Stabilitätsprogramm sollen ein ausgeglichener Haushalt sowie eine Schuldenquote unter 60% des BIP im Jahr 2008 erreicht werden. Die geplante Rückführung der Abgabenquote auf nahe 40% bereits im Jahr 2006 ist zu begrüßen, parallel dazu sollte die Senkung der Staatsausgabenquote aber zügiger vorangetrieben werden.

Ich möchte in diesem Zusammenhang betonen, dass ein ausgeglichenes

Budget im eigenen Interesse Österreichs ist, unabhängig davon, wie sich die europäischen Rahmenbedingungen – und hier insbesondere der Stabilitäts- und Wachstumspakt – geändert haben mögen. Ich begrüße und unterstütze daher die laufenden Arbeiten des Staatsschuldenausschusses zur so genannten „Schuldenbremse“, einer Regel zur Begrenzung der staatlichen Ausgaben.

10 Jahre EU-Mitgliedschaft Österreichs

Zur Jahreswende 2004/2005 jährte sich der Beitritt Österreichs zur EU zum zehnten Mal. Österreichs EU-Beitritt hat die österreichische Wirtschaft in vielfacher Weise beeinflusst (siehe Grafik 29). Die zahlreichen dadurch erforderlichen Gesetzesänderungen, die deutliche Internationalisierung in der Ausrichtung unserer Wirtschaftspolitik, ihrer Vorbereitung und Evaluierung, der intensiveren Wettbewerb durch den EU-Binnenmarkt und nicht zuletzt die Teilnahme an der Währungsunion haben weitreichende Reformen ausgelöst. Ich nenne als einige wenige Beispiele die Budgetpolitik, die Finanzmarktintegration, die Liberalisierung von Netzwerkindustrien inklusive Telekom, die Wettbewerbspolitik oder die Einbindung unserer Universitätsausbildung und Forschung in EU-Austausch- und Kooperationsprogramme.

Die EU hat auf Österreich gewissermaßen als „Reformkatalysator“ gewirkt. Die durch den Beitritt ausgelösten oder unterstützten Reformen dienen dem Wachstum, der Beschäftigung und dem Wohlstand Österreichs. Österreich reüssiert innerhalb der EU als eine wirtschaftlich erfolgreiche, kleine, offene Volkswirtschaft. Beim BIP pro Kopf und bei der Arbeitslosenquote rangieren

wir an dritter Stelle, und auch bei verschiedenen Strukturindikatoren ist unser Land gut platziert.

Der EU-Beitritt hat Österreichs Handelsbeziehungen mit den anderen EU-Ländern sehr stark gefördert. Die Warenexporte Österreichs in die EU-25 machten 2004 27% unseres BIP aus, gegenüber nur 17% 10 Jahre zuvor; die EU-25-Importquote Österreichs ist im gleichen Zeitraum von 20% auf 29% des BIP gestiegen.²

Die moderaten Preis- und Lohnsteigerungen haben es Österreich ermöglicht, seinen Exportanteil an den gesamten EU-Exporten von unter 3% im Jahr 1995 auf 3,3% im Jahr 2004 auszubauen. Die über Jahrzehnte bestehenden österreichischen Handelsbilanzdefizite konnten in den letzten Jahren stark verringert werden, seit 2002 weist die österreichische Güterbilanz sogar Überschüsse aus.³ Die Waren-Exportquote Österreichs ist von rund 22% des BIP im Jahr 1994 auf 38% im Jahr 2004 angestiegen, inklusive Dienstleistungen betragen die entsprechenden Werte 34% bzw. 51%, ein Beleg für die dynamische Internationalisierung der österreichischen Wirtschaft in den letzten zehn Jahren.

Es ist daher durchaus angemessen, wenn es im heurigen Jahr in Österreich aus Anlass des EU-Beitritts zahlreiche Festveranstaltungen und Veröffentlichungen gibt, die eine positive Zwischenbilanz nach 10 Jahren EU-Mitgliedschaft ziehen. Der Beitrag der OeNB dazu wird eine

Reihe wirtschaftspolitischer Analysen unserer Mitarbeiter sein, die wir am 21. Juni d.J. in einem Schwerpunkt-Heft von „Geldpolitik & Wirtschaft“ der Öffentlichkeit präsentieren werden.

EU-Erweiterung begünstigt Österreichs Entwicklungspotenzial

Die größte Erweiterung der EU seit ihrem Bestehen um zehn weitere Mitgliedstaaten per 1. Mai 2004⁴ begünstigt – stärker noch als in anderen Ländern – Österreichs Entwicklungspotenzial (siehe Grafik 30). Die österreichische Wirtschaft – allen voran die Banken – hat diese Chance seit langem erkannt und nutzt bereits intensiv die Expansions- und Kooperationsmöglichkeiten in den Nachbarstaaten.

Wir schätzen die neuen Mitgliedsländer auch als Partner im Europäischen System der Zentralbanken (ESZB). Die Zentralbanken der zehn neuen Mitgliedsländer sind nun Teil des ESZB geworden, sie nehmen als so genannte „Pre-Ins“ aktiv an den Arbeiten des Erweiterten Rates der EZB und anderer ESZB-Gremien teil. Bereits Ende Juni 2004 traten Estland, Litauen und Slowenien dem Wechselkursmechanismus II (WKM II) bei, Ende April 2005 folgten dann Lettland, Malta und Zypern, womit sich bereits sechs der zehn neuen EU-Mitgliedstaaten gezielt auf ihre monetäre Integration in die Währungsunion vorbereiten.

² Die Warenexporte in die EU-15 sind zwischen 1994 und 2004 von 14% auf 22% des österreichischen BIP gestiegen, die Warenimporte in die EU-15 von 19% auf 25% des BIP (alle Zahlen laut Statistik Austria).

³ Die Güter- und Dienstleistungsbilanz weist bereits seit 2001 positive Salden auf. Die Leistungsbilanz ist seit 2002 mit geringen Schwankungen nahezu ausgeglichen – 2002 und 2004 war sie leicht positiv, 2003 leicht negativ (alle Angaben gemäß Zahlungsbilanzstatistik der OeNB).

⁴ Mit seiner Zustimmung hat das EU-Parlament am 13. 4. 2005 den Weg für den EU-Beitritt von Rumänien und Bulgarien freigemacht, der für 2007 vorgesehen ist.

Alle neuen EU-Mitgliedsländer sind künftige Kandidaten für die Währungsunion, sobald sie die rechtlichen und wirtschaftlichen Konvergenzkriterien nachhaltig erfüllen. Die Konvergenzberichte der Europäischen Kommission und der EZB vom Oktober 2004 stellten fest, dass dies noch nicht der Fall ist.

Der seit Jahren verfolgte „Osteuropa-Schwerpunkt“ der OeNB hat sich als richtig bestätigt. Wir haben im vergangenen Jahr unseren Analysefokus stärker auf Südosteuropa, die Kandidaten der nächsten EU-Erweiterungsrunde, verlagert.

IWF stellt Österreichs Bankensystem und Finanzmarktaufsicht gutes Zeugnis aus

Die OeNB hat im abgelaufenen Jahr in enger Zusammenarbeit mit der Finanzmarktaufsicht (FMA) ihre Aktivitäten und ihr Analyseinstrumentarium zur Sicherung der Finanzmarktstabilität weiter ausgebaut und verfeinert (siehe Grafik 31).

Im Rahmen der Basel-II-Verhandlungen hat sich die OeNB im abgelaufenen Jahr erfolgreich für KMUs und Banken eingesetzt. Die risikobasierte Bankenanalyse wurde weiter verfeinert. Die Großkreditevidenz als stabilitätsfördernde Dienstleistung wurde weiter ausgebaut. In enger Zusammenarbeit mit der FMA wurde eine Leitfadensreihe zum Thema Kreditrisiko veröffentlicht. In zahlreichen Vorträgen hat die OeNB Aufklärung über Fremdwährungskredite gegeben.

Das Financial Sector Assessment des IWF bestätigte dem österreichischen Finanzsystem hohe Schockresistenz und eine sehr gute Zusammenarbeit zwischen Finanzmarktaufsicht und OeNB. Im Jahr 2004 hat sich die Stabilität des Bankensektors

weiter gefestigt, das Geschäft in Zentral- und Osteuropa liefert inzwischen einen wichtigen Ergebnisbeitrag für die österreichischen Banken.

Die OeNB als effizienter und professioneller Dienstleister im Dialog mit Bevölkerung, Wirtschaft und Politik

Die OeNB hat im abgelaufenen Jahr in allen Geschäftsbereichen wichtige Projekte vorangetrieben, wobei bei allen Aktivitäten auf Effizienz und Kostenbewusstsein großes Augenmerk gelegt wurde.

So wurde z.B. die Reorganisation unserer Zweiganstalten erfolgreich umgesetzt. Die OeNB hat signifikant zur Umsetzung von Basel II und zur Förderung der Finanzmarktstabilität wesentliche Beiträge geleistet.

Mit dem Relaunch des OeNB-Internetauftritts (www.oenb.at) und der Neukonzeption der volkswirtschaftlichen und statistischen Publikationen „Geldpolitik & Wirtschaft“, „Workshops“, „Focus on European Economic Integration“ sowie „Statistiken – Daten & Analysen“ (siehe Grafik 32) hat die OeNB Qualität, Umfang und Zugänglichkeit ihres Analyse- und Datenangebots im Dienste der Wirtschaftspolitik wie auch der Bevölkerung weiter optimiert.

Die OeNB nimmt im ESZB bzw. im Eurosystem weiterhin eine ausgezeichnete Position ein und erfreut sich einer ungebrochen hohen Akzeptanz in der österreichischen Bevölkerung und Wirtschaft. Dieses Vertrauen ist gerade für eine Zentralbank von allergrößter Bedeutung, beruht doch die Funktionsweise eines stabilen Währungs- und Finanzsystems auch und vor allem auf dem Vertrauen in dessen Stabilität.

Darüber hinaus erfüllt es mich und meine Kollegen im Direktorium

mit Genugtuung, dass unser Haus – trotz der für alle Zentralbanken des Euroraums sehr schwierigen Rahmenbedingungen – im abgelaufenen Geschäftsjahr wieder ein im Vergleich beachtliches Ergebnis erzielen konnte. Ich möchte daher allen unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, meinen Kollegen im Direktorium, den Mitgliedern des Betriebsrats, dem Präsidium sowie allen Mitgliedern des Generalrats sehr herzlich für ihr hohes Engagement danken, welches sich eindrucksvoll

in allen von der OeNB erbrachten Leistungen und im hohen Vertrauen der Öffentlichkeit in diese Institution widerspiegelt.

Die Oesterreichische Nationalbank wird auch künftig mit dem in sie gesetzten Vertrauen sehr achtsam umgehen, ihren Dialog mit der Bevölkerung, der Wirtschaft und der Politik intensiv fortführen und ihre Expertise in Form vielfältiger Dienstleistungen einer breiten Öffentlichkeit zur Verfügung stellen.



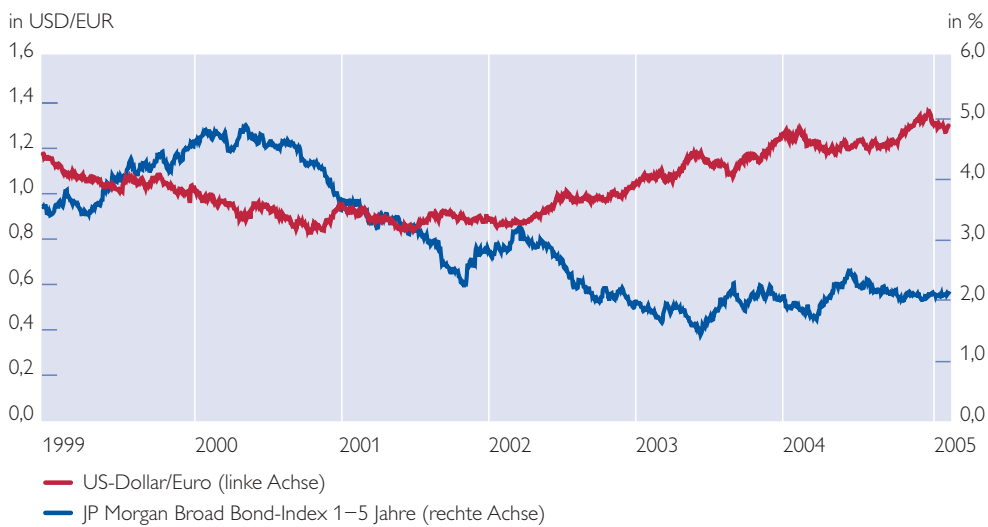
Generalversammlung der Oesterreichischen Nationalbank

Wien, 24. Mai 2005



Grafik 1

Zins- und Wechselkursentwicklung



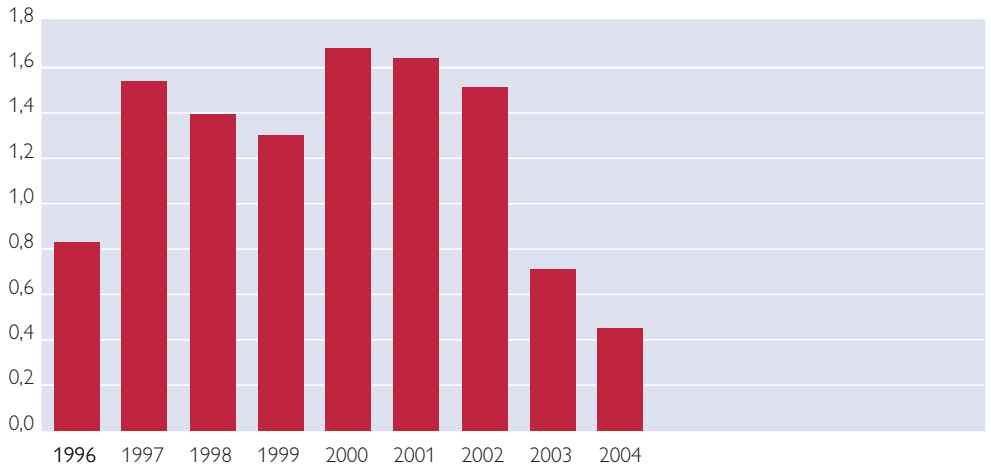
Quelle: BIZ, JP Morgan Securities International.

¹ Redaktionsschluss: 18. Mai 2005.

Grafik 2

Geschäftliches Ergebnis

in Mrd EUR



Quelle: OeNB.

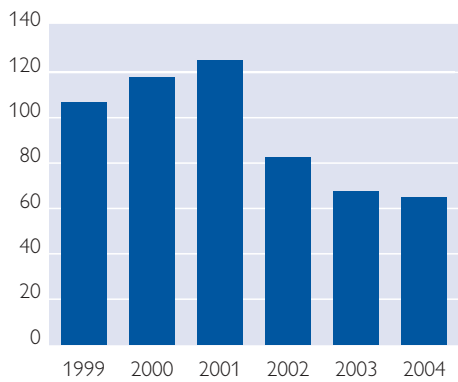
Grafik 3

Ausgleichsposten aus Neubewertung

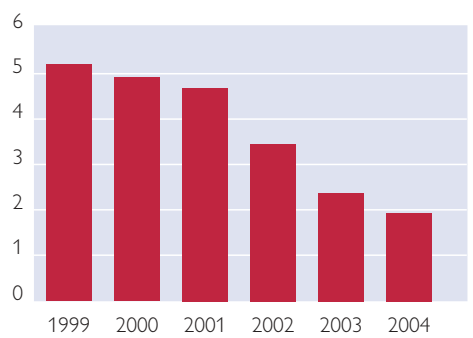
Eurosystem konsolidiert

OeNB

in Mrd EUR



in Mrd EUR

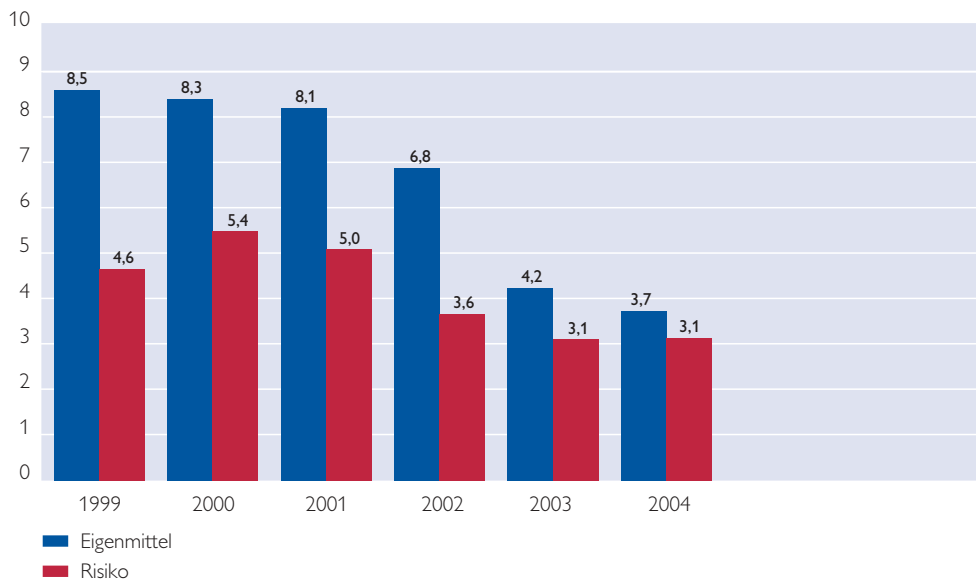


Quelle: OeNB.

Grafik 4

Eigenmittel – Risikoabdeckungspotenzial der OeNB

in Mrd EUR



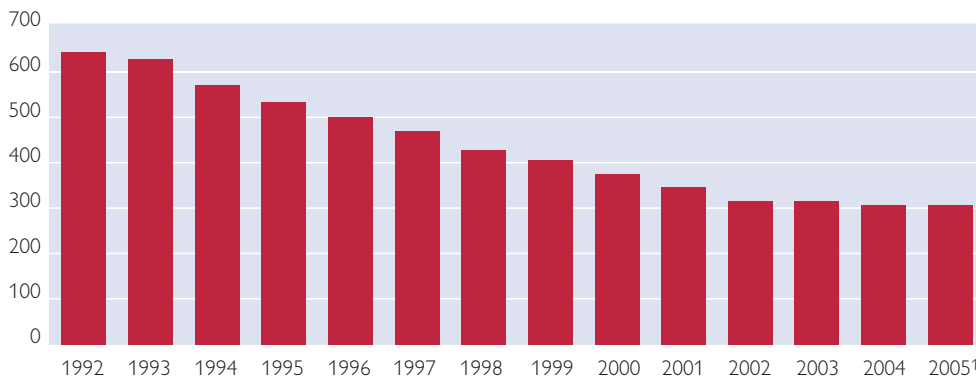
Quelle: OeNB.

In den Eigenmittel sind enthalten: Allgemeiner Reservefonds, Freie Reserve, Reserve für ungewisse Auslands- und Wertpapierrisiken, Neubewertungsreserven, Reserve aus valutarischen Kursdifferenzen.

Grafik 5

Goldbestand

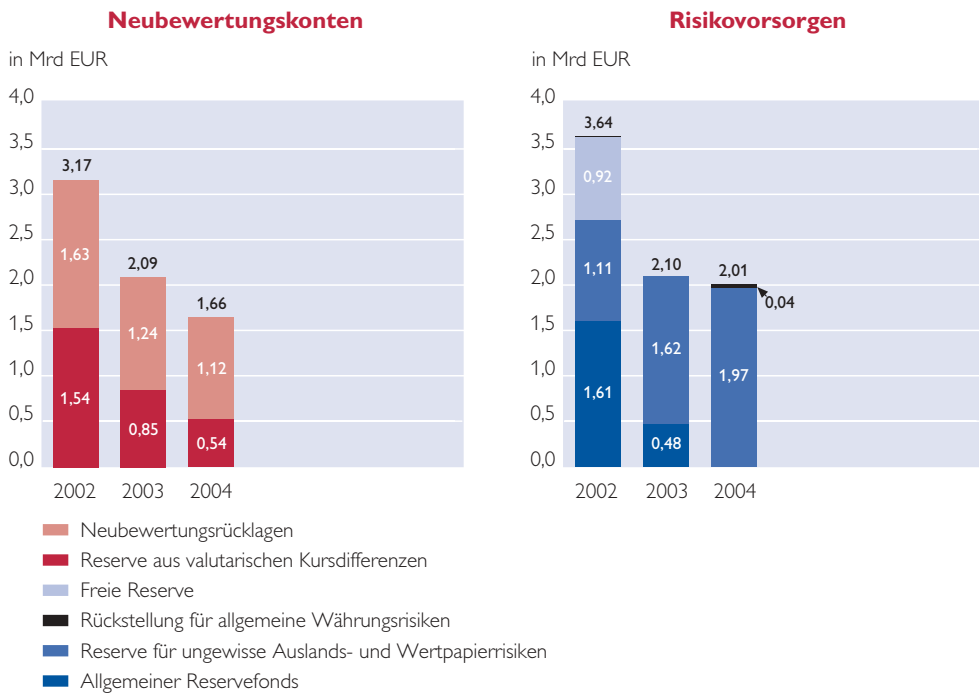
in Tonnen



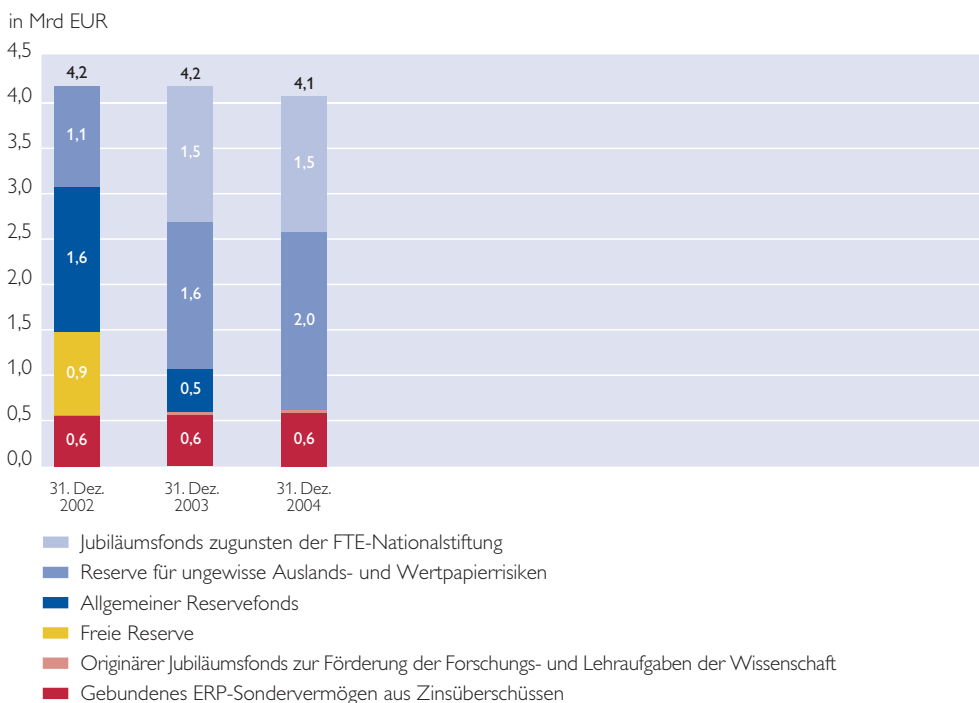
Quelle: OeNB.

¹ Stand Ende April 2005.

Neubewertungskonten und Risikovorsorgen



Rücklagen



Grafik 8

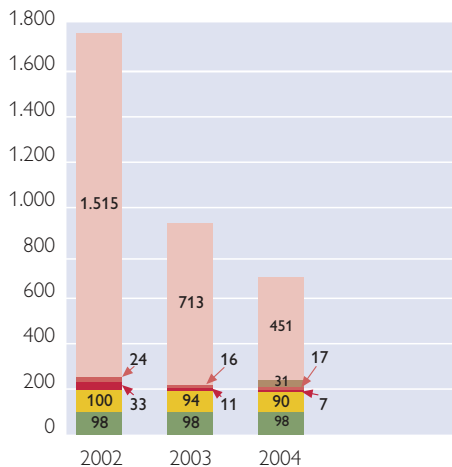
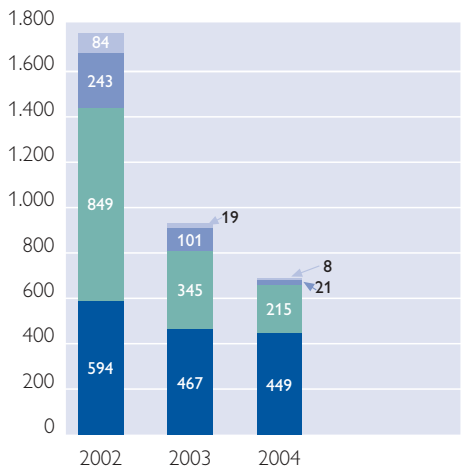
Erträge und Aufwendungen

Erträge

Aufwendungen

in Mio EUR

in Mio EUR



- Sonstige Erträge¹
- Erträge aus Beteiligungen
- Realisierte Kursgewinne aus Gold-, Fremdwährungs- und Wertpapiertransaktionen
- Nettozinsergebnis
- Geschäftliches Ergebnis als Differenz zwischen Erträgen und Aufwendungen
- EZB-Verlustabdeckung¹
- Sonstige Aufwendungen und Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände²
- Aufwendungen für Banknoten³
- Sachaufwendungen
- Personalaufwendungen

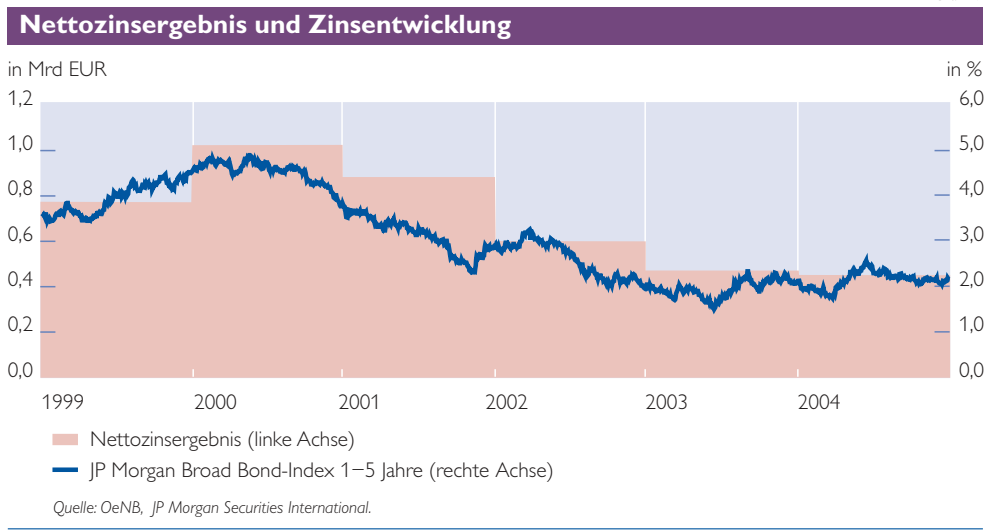
Quelle: OeNB.

¹ 2004 unter Abzug des Nettoertrages aus monetären Einkünften von 9 Mio EUR (in den Vorjahren in den Sonstigen Erträgen enthalten).

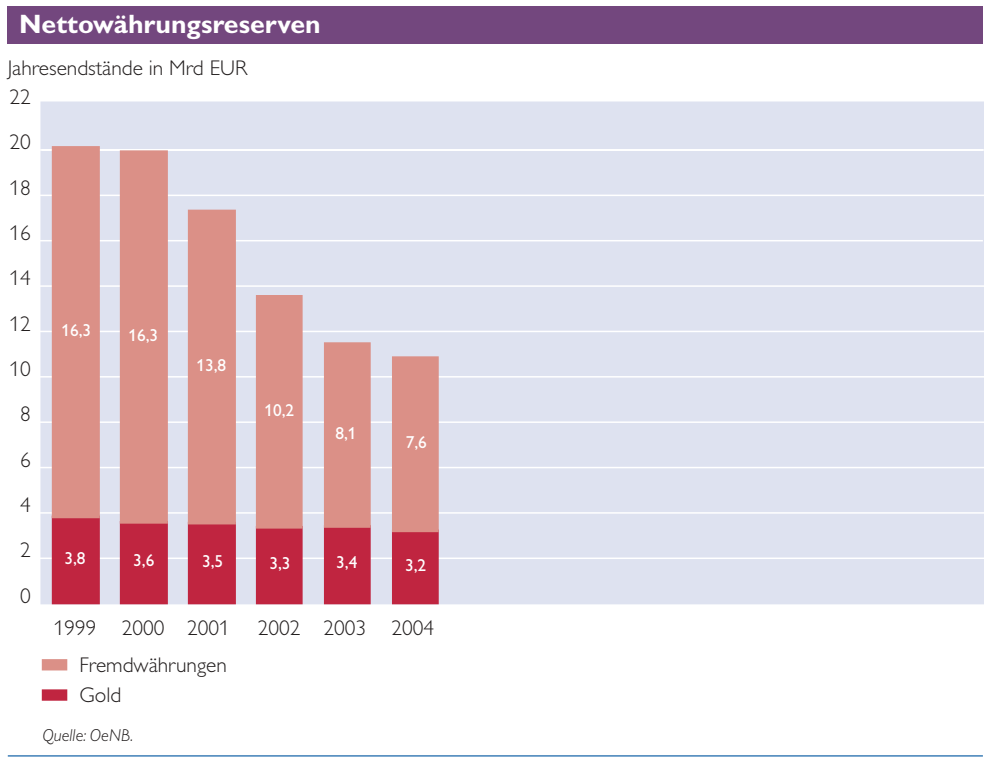
² 2004: 17 Mio EUR; 2003: 16 Mio EUR; 2002: 24 Mio EUR.

³ 2004: 7 Mio EUR; 2003: 11 Mio EUR; 2002: 33 Mio EUR.

Grafik 9



Grafik 10



Grafik 11

Aufwendungen

in Mio EUR



- Sonstige Aufwendungen und Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände
- Aufwendungen für Banknoten
- Personalaufwendungen
- Sachaufwendungen

Quelle: OeNB.

Grafik 12

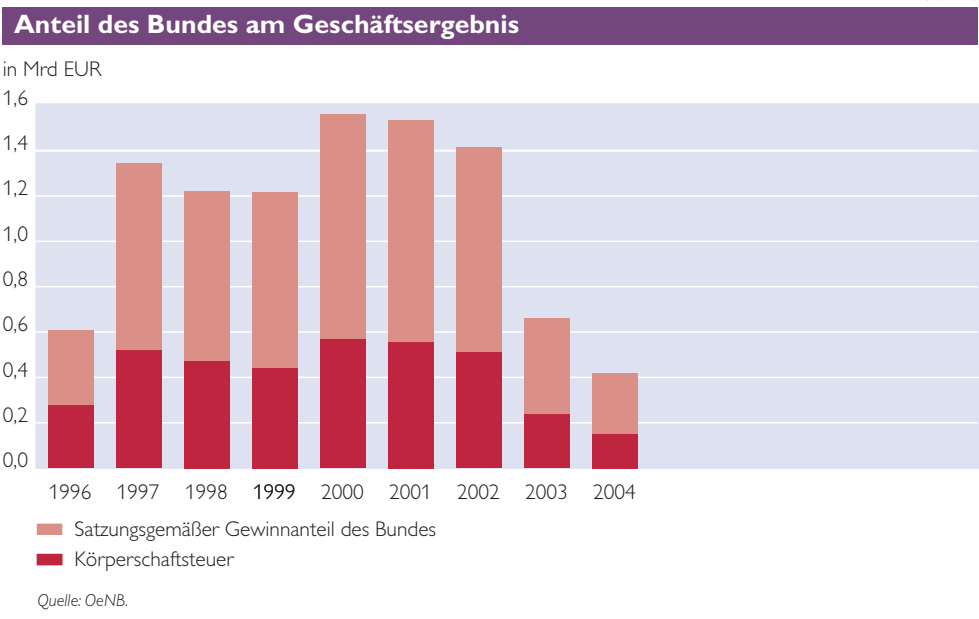
Mitarbeiterressourcen

für OeNB-Fachbereiche tätig, Jahresdurchschnitt

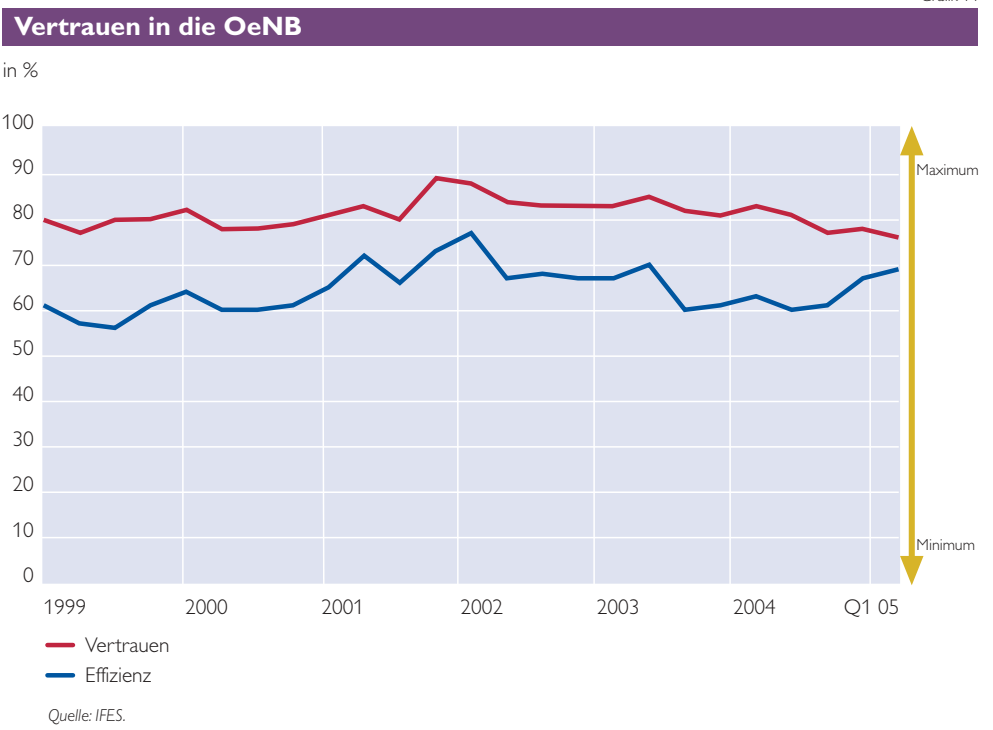


Quelle: OeNB.

Grafik 13



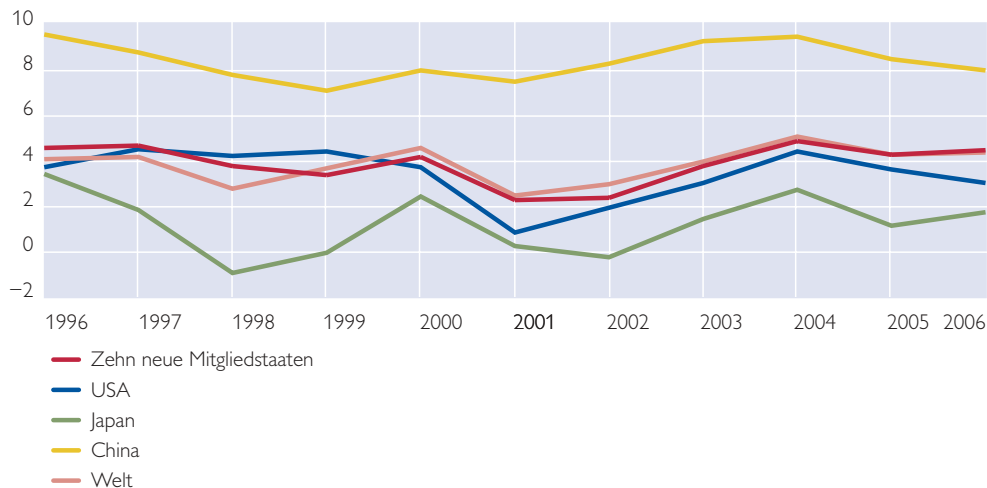
Grafik 14



Grafik 15

Dynamisches Weltwirtschaftswachstum

Wachstum des realen BIP gegenüber dem Vorjahr in %

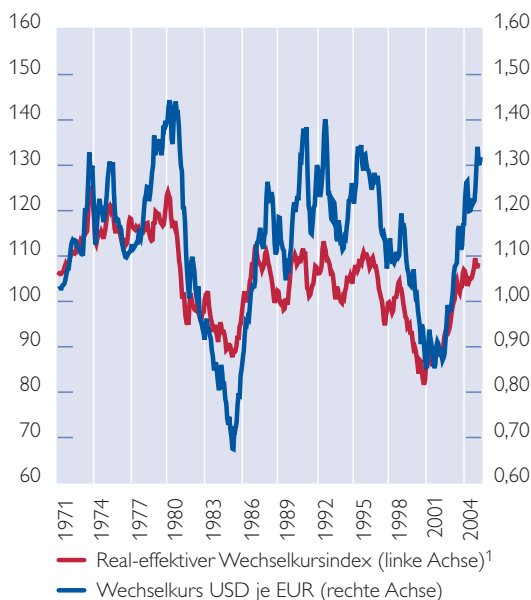


Quelle: Eurostat, IWF.

Grafik 16

Internationale Wechselkursentwicklung und hoher Ölpreis bergen Risiken

Euro-Wechselkurs

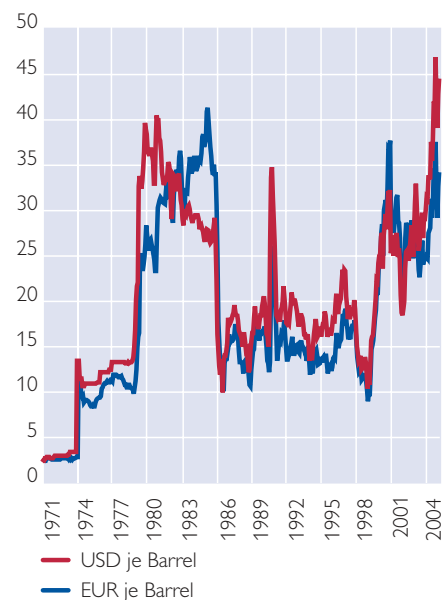


Quelle: OeNB, BI.Z.

¹ Q1 1999 = 100.

Basis: Verbraucherpreise; ein Anstieg bedeutet eine Aufwertung des Euro.

Ölpreise

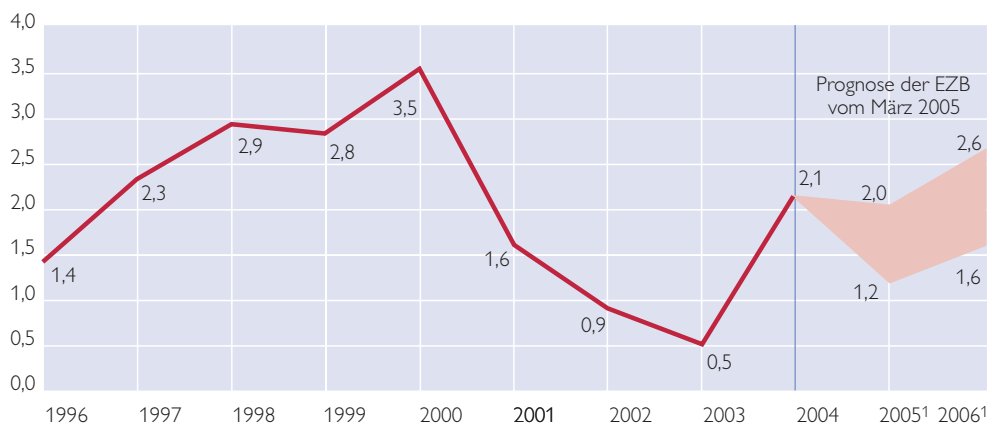


Quelle: IWF.

Grafik 17

Moderate Konjunkturdynamik im Euroraum

Reales BIP-Wachstum im Euroraum gegenüber dem Vorjahr in %

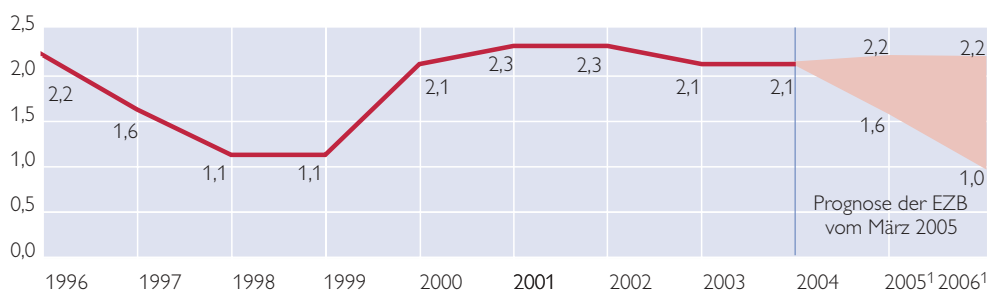


Quelle: Eurostat.
¹ Bandbreiten-Prognose der EZB vom März 2005.

Grafik 18

Inflation im Euroraum leicht über 2% – Rückgang wird erwartet

HVPI-Inflationsrate im Euroraum – Veränderung zum Vorjahr in %

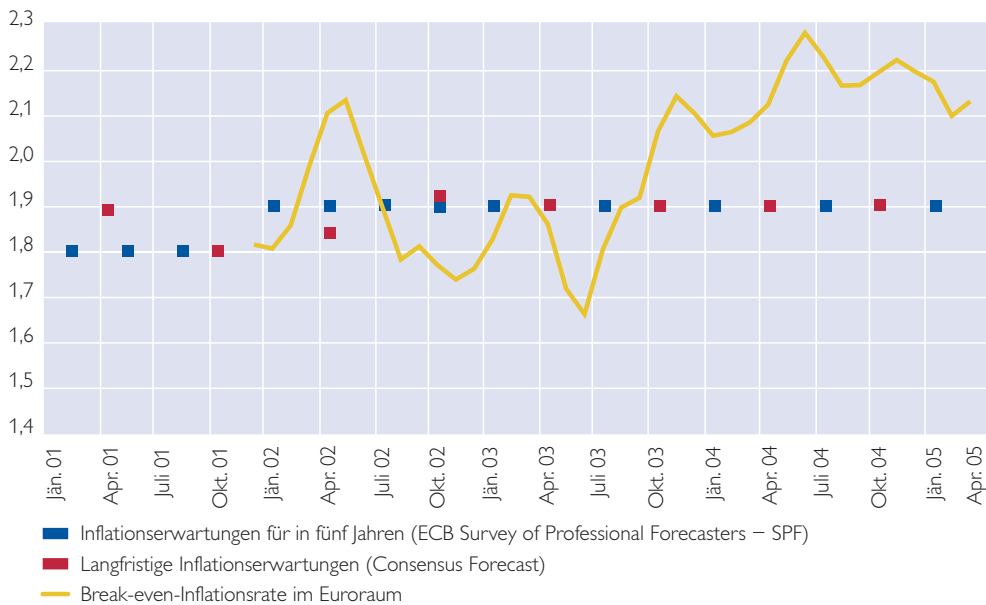


Quelle: Eurostat.
¹ Bandbreiten-Prognose der EZB vom März 2005.

Grafik 19

Langfristige Inflationserwartungen im Euroraum weitgehend stabil

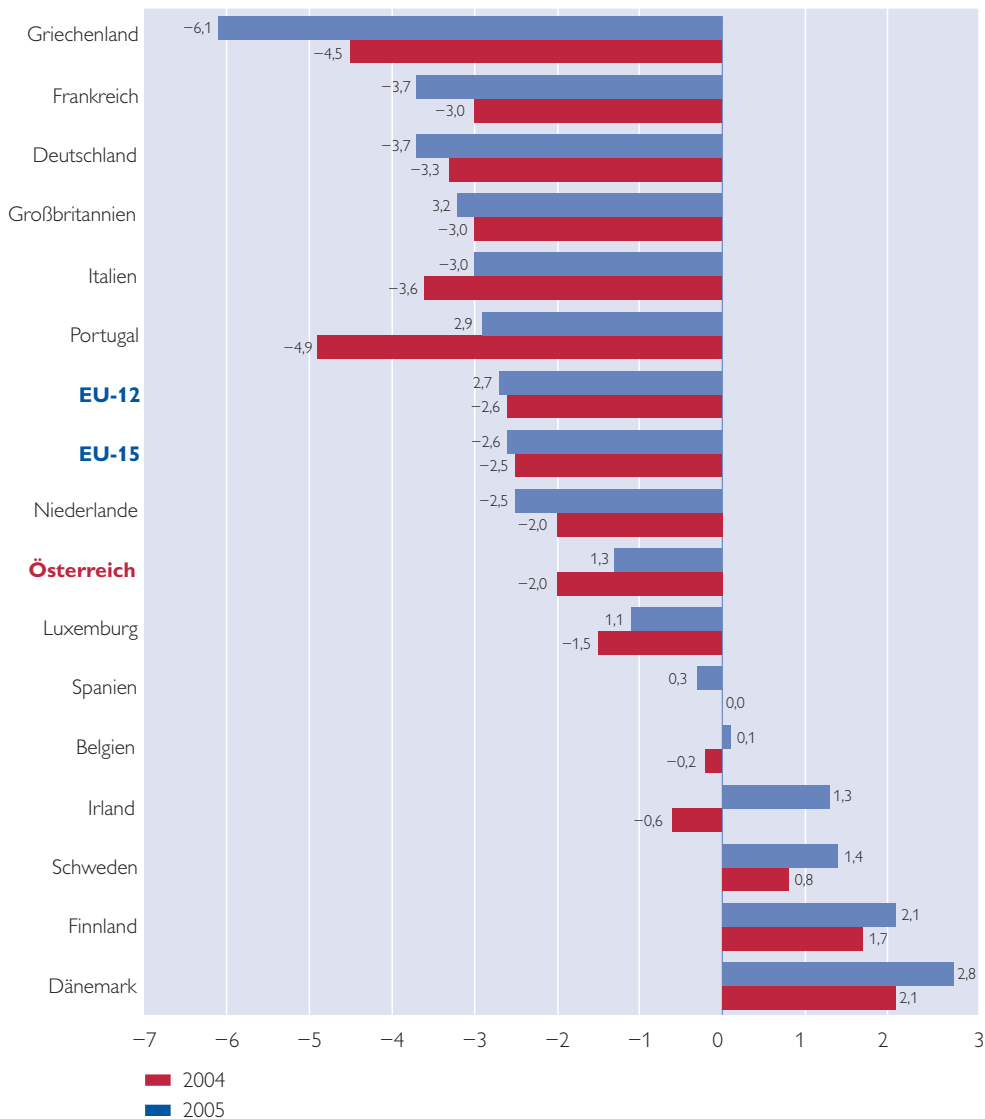
Veränderung zum Vorjahr in %



Quelle: EZB, Consensus Economic Inc.

Hohe Budgetdefizite im Euroraum

Öffentliche Finanzierungssalden in % des BIP



Quelle: Eurostat, Frühjahrsprognose 2005 der Europäischen Kommission.

Grafik 21

Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts (1)

Vorbeugende Elemente

- Modifizierung des mittelfristigen Ziels
 - Berücksichtigung von Schuldenstand, Potenzialwachstum, impliziten Verbindlichkeiten und Strukturreformen
- Anpassungspfad zum mittelfristigen Ziel
 - Stärkere Konsolidierung in Hochkonjunktur
 - Berücksichtigung von Strukturreformen

Grafik 22

Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts (2)

Korrigierende Elemente

- Neuinterpretation des Begriffs eines schwerwiegenden Abschwungs für das Vorliegen eines übermäßigen Defizits
- Stärkere Berücksichtigung
 - des Schuldenstands und seiner langfristigen Tragfähigkeit
 - von systemischen Pensionsreformen
 - von „zusätzlichen relevanten Faktoren“
 - Mittelfristige Wachstumsperspektiven, Fortschritte in der Implementierung von Reformen zur Erreichung der Lissabon-Ziele
 - Konsolidierungsanstrengungen in vorhergehenden Hochkonjunkturphasen, öffentliche Investitionen, Qualität der öffentlichen Finanzen
 - Faktoren, die ein Mitgliedstaat als relevant empfindet, wie Kosten für internationale Solidarität, Kosten der europäischen Einigung

Neuer Anlauf für die Lissabon-Wachstumsstrategie

Bessere Umsetzung notwendig

- 2004 – Evaluierung der Lissabon-Strategie
 - Fortschritte bei Beschäftigung, Finanzdienstleistungen und Netzwerkindustrien
 - Umsetzungsdefizite bei Wissenschafts-, Innovations- und Ausbildungssystemen
 - Insgesamt: Kritisches Bild – Ziele bis 2010 noch außer Reichweite
- Ergebnis des EU-Gipfels im März 2005
 - Fokussierung der Strategie auf Wachstum und Beschäftigung
 - Nationale Lissabon-Aktionspläne (Wachstumsstrategien) erforderlich
 - Aber: Rückzieher bei Dienstleistungsrichtlinie behindert Effizienz- und Wachstumspotenzial dieses Sektors

Österreichische Wirtschaftspolitik setzt Reformprogramm fort

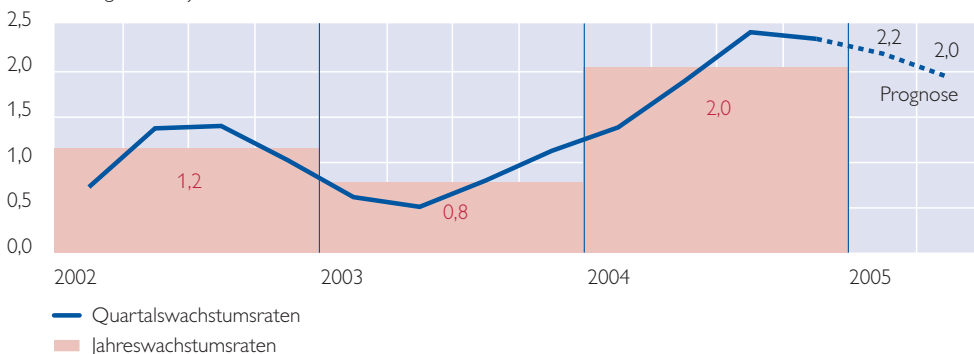
- Pensionsreform: Beitrag zur langfristigen Finanzierbarkeit des Systems
- Unternehmens- und Einkommensteuerreform stärkt Wirtschaftsstandort und verfügbare Einkommen
- Weitere Anstrengungen für die Qualität von Forschung, Innovation, Aus- und Weiterbildung sowie Infrastruktur sind notwendig
- Abbau staatlicher Bürokratie: Effizienzgewinne und Budgeteinsparungen
- OeNB-Vorschlag einer „nationalen Wachstumsstrategie“ (2004) – nunmehr auch auf europäischer Ebene („Reformpartnerschaften“): Fokussierung wirtschaftspolitischer Maßnahmen kann Bewusstseinsbildung in der Bevölkerung unterstützen

Grafik 25

Konjunkturerholung des Jahres 2004 in Österreich hält an

Kurzfristprognose für das reale Bruttoinlandsprodukt für Österreich

Veränderung zum Vorjahr in %



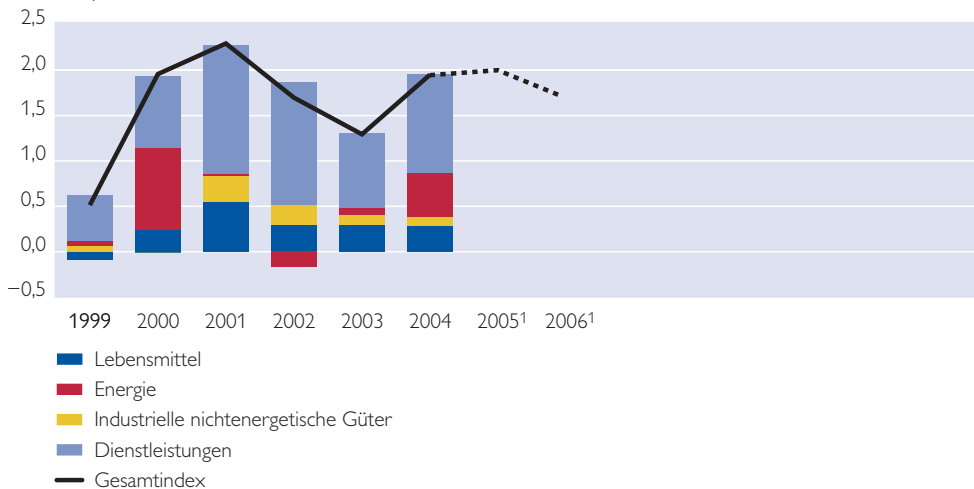
Quelle: OeNB.

Grafik 26

Dienstleistungen und Energie hauptverantwortlich für Inflation im Jahr 2004

HVPI-Inflationsrate und Beiträge zur Inflation in Österreich

in Prozentpunkten

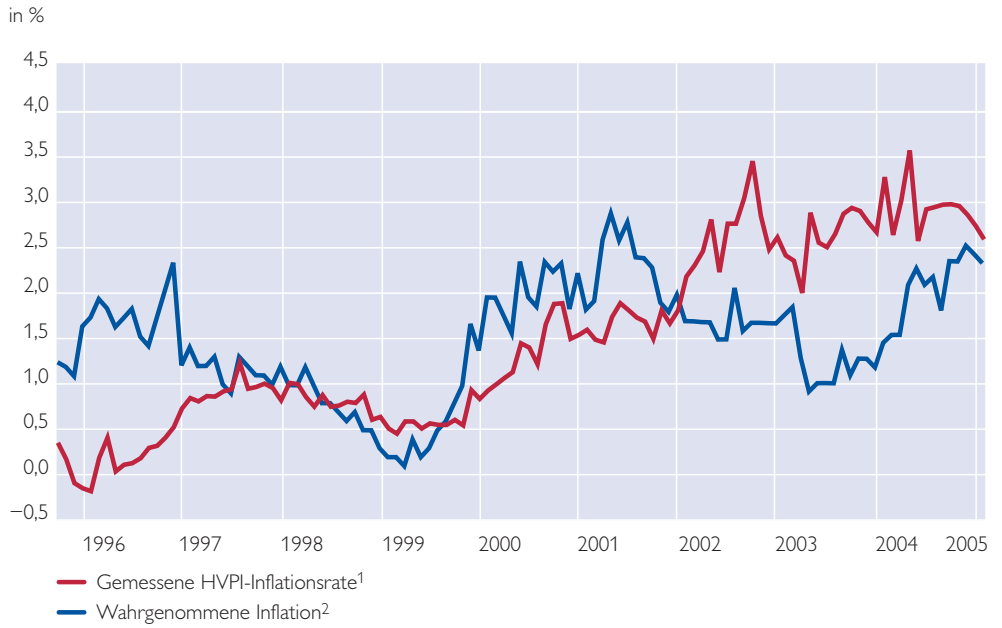


Quelle: OeNB, Statistik Austria, Eurostat.

¹ Prognose der OeNB vom Herbst 2004.

Grafik 27

Schere zwischen gemessener und wahrgenommener Inflation schließt sich



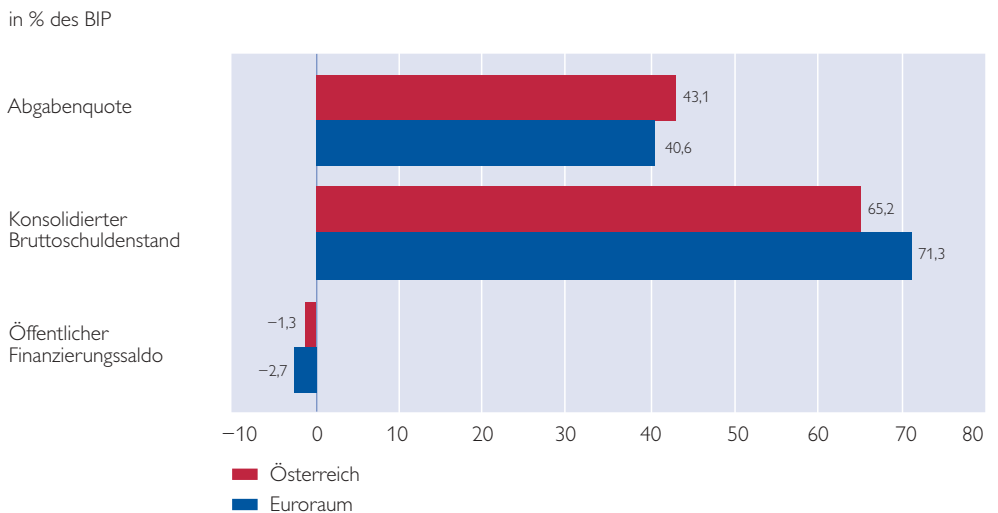
Quelle: OeNB.

¹ Laut Statistik Austria.

² Laut OeNB, basierend auf Umfragen zum Consumer Confidence Barometer.

Grafik 28

Insgesamt gute Budgetperformance Österreichs im Euroraum-Vergleich

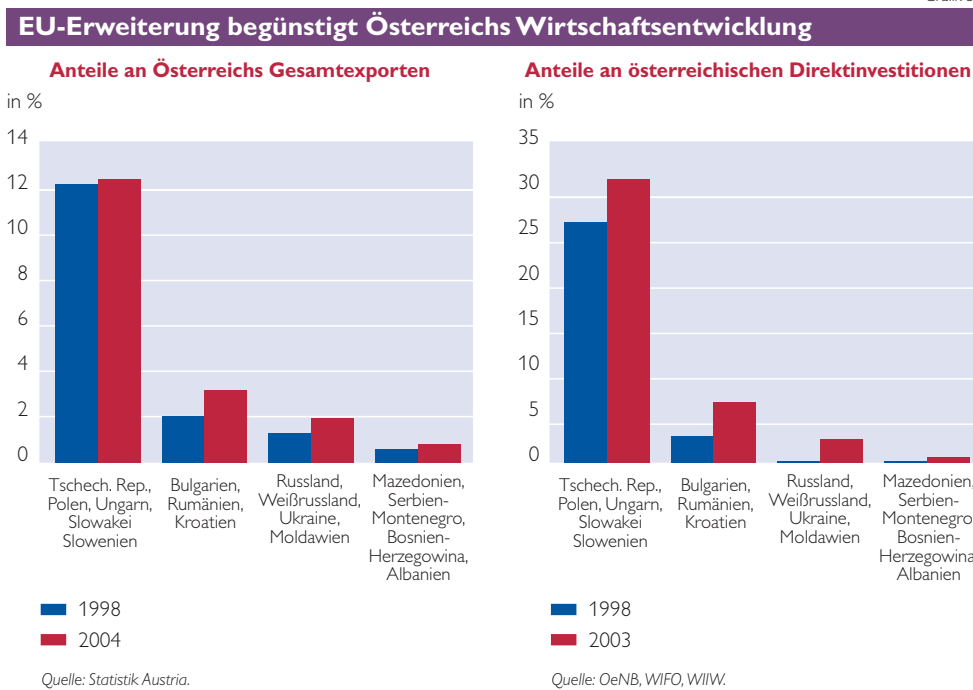


Grafik 29

Gute österreichische Wirtschaftspersformance			
nach 10 Jahren EU-Mitgliedschaft			
Indikator	Einheit	1994	2004
Inflationsrate des HVPI	in %	2,7	2,0
Reales BIP-Wachstum	in %	2,7	2,0
BIP je Einwohner – real	in EUR	22.508	27.080
Unselbstständig Beschäftigte	in Tsd	3.070	3.201
Arbeitslosenquote (laut Eurostat)	in %	3,8	4,5
Lohnstückkosten in der Gesamtwirtschaft	Veränderung zum Vorjahr		
	in %	1,1	1,2
Leistungsbilanz	in % des BIP	-1,6	0,3
Exporte in die EU-25 (Waren laut Statistik Austria)	in % des BIP	16,6	27,2
Importe aus der EU-25 (Waren laut Statistik Austria)	in % des BIP	20,1	29,3
Forschungsquote	in % des BIP	1,5	2,3
Öffentlicher Finanzierungssaldo (ESA)	in % des BIP	-4,9	-1,3

Quelle: OeNB, Statistik Austria, AMS, HSV, BMF.

Grafik 30



Umfangreiche Aktivitäten der OeNB zur Förderung der Finanzmarktstabilität

- **OeNB professionalisiert die risikobasierte Bankenanalyse**
 - Ausbau der Analyselandschaft unter Zusammenarbeit der OeNB, der Finanzmarktaufsicht (FMA) und der Universität Wien
 - Erweiterung um risikobasierte Off-Site Analysemodelle
- **Großkreditevidenz als stabilitätsfördernde Dienstleistung**
 - Steigende Zahl an Obligoanfragen unterstreicht hohen Informationsgewinn
- **Zahlungssystemaufsicht unterstützt stabile Infrastruktur**

OeNB im Dialog mit Bevölkerung, Wirtschaft und Politik



